

Geschäftsbericht

2016



Vertreterversammlung: 4. Juli 2017

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	10
Gewinn- und Verlustrechnung	14
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	16
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	18
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	19
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	23
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	25
Bericht des Aufsichtsrates	26
Aufsichtsrat und Vorstand	26

Überblick

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2016 die Krankheitskosten-, die Krankenhaustagegeld-, die Krankentagegeld- sowie die Pflegekranken-, Pflegepflicht- und die geförderte Pflegevorsorgeversicherung.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte im Sinne von § 177 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sind – mit Ausnahme der Reisekrankenversicherung – nicht abgeschlossen worden.

Der Geschäftsverlauf des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. war im Berichtsjahr 2016 trotz schwieriger Rahmenbedingungen zufrieden stellend.

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. erstattete ihren Mitgliedern im Berichtsjahr 62,2 Mio. EUR der Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung zurück. Versicherte, die für das Kalenderjahr 2015 keine oder nur geringe Versicherungsleistungen beansprucht hatten, erhielten eine Beitragsrückerstattung für Schadenfreiheit von bis zu vier Monatsbeiträgen der anspruchsberechtigten Tarife. Mitglieder in den geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen A/S/Z profitierten stattdessen von der Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit. Dieser Sofortüberschuss beträgt bis zu 40 % des ambulanten Beitrages und wird monatlich berücksichtigt.

Ebenfalls erfolgten Gutschriften für alle Versicherten, die an der Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten teilgenommen haben. Die Gutschrift beträgt 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung.

Für die Jahre 2017 und 2018 hat die LKH bereits beschlossen, die Beitragsrückerstattungen für Schadenfreiheit und Leistungsfreiheit fortzusetzen. Die Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten wird überdies für die Jahre 2017 bis 2019 unverändert fortgesetzt.

Versichertenbestand

Am 31.12.2016 waren 189.718 natürliche Personen im Rahmen einer Vollversicherung versichert (Vorjahr: 192.823). Die Gesamtzahl der versicherten natürlichen Personen betrug am Ende des Geschäftsjahres 366.091 (Vorjahr: 372.399). Wie sich der Bestand auf die einzelnen Versicherungsarten verteilt, ergibt sich aus den Angaben im Anhang.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge betragen 820.239 TEUR im Jahr 2016 (Vorjahr: 818.171 TEUR). Geschäftsschwerpunkt war, wie auch in den Vorjahren, die Krankheitskostenvollversicherung.

Im Berichtsjahr 2016 entfielen auf	Gebuchte Bruttobeiträge	Anteil in %
- Krankheitskostenversicherungen	679.983 TEUR	82,9
- Krankentagegeldversicherungen	22.326 TEUR	2,7
- Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	7.961 TEUR	1,0
- sonstige selbständige Teilversicherungen	59.736 TEUR	7,3
- Pflegepflichtversicherungen	49.174 TEUR	6,0
- Auslandsreisekrankenversicherungen	1.059 TEUR	0,1
	820.239 TEUR	100,0

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Schäden und Kosten von der Jahresbeitragseinnahme verblieb ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 166.994 TEUR (Vorjahr: 189.616 TEUR). Auf Grundlage der verdienten Bruttobeiträge belief sich die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote auf 20,4 % (Vorjahr: 23,2 %). Diese und die im Folgenden genannten Quoten beruhen auf den vom Verband der privaten Krankenversicherung e.V. empfohlenen Berechnungsformeln.

Schadenquote

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen auf 557.980 TEUR (Vorjahr: 535.640 TEUR). Unter Berücksichtigung der Zuführungen zu den Rückstellungen für das mit dem Alter wachsende Risiko und den aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) entnommenen Beiträgen sowie der erhaltenen und gezahlten Übertragungswerte betrug der Schadenaufwand insgesamt 630.084 TEUR; bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge belief sich damit die Schadenquote auf 76,8 % (Vorjahr: 73,9 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten betragen 10.924 TEUR (Vorjahr: 11.441 TEUR). Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge ergibt sich hieraus eine Abschlusskostenquote von 1,3 % (Vorjahr: 1,4%).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 12.237 TEUR (Vorjahr: 12.274 TEUR); das sind 1,5 % (Vorjahr: 1,5 %) der verdienten Bruttobeiträge.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % auf 6.846,3 Mio. EUR. Die Erträge aus den Kapitalanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 145,7 Mio. EUR.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 143.360 TEUR (Vorjahr: 141.362 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 2,2 % (Vorjahr: 2,2 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung der versicherungstechnischen und anderen erforderlichen Rückstellungen und nach Buchung von Abschreibungen und Steuern schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 146.718.516,54 EUR (Vorjahr: 159.559.829,12 EUR) ab. Dieser Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	1.000,00 EUR
Zuweisung zu anderen Rücklagen	24.999.000,00 EUR
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)	121.718.516,54 EUR

Daneben beliefen sich die Zuführungen zur poolrelevanten Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung auf 31 TEUR (Vorjahr: 2.808 TEUR).

Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Entnahmen betrug die gesamte RfB 593.718 TEUR (Vorjahr: 594.511 TEUR). Die RfB-Quote, welche die erfolgsabhängige RfB zuzüglich der poolrelevanten RfB aus der Pflegepflichtversicherung an den verdienten Bruttobeiträgen misst, beträgt 72,4 % (Vorjahr: 72,7 %).

Die Überschussverwendungsquote, die sich aus dem Verhältnis der Zuführungen zur erfolgsabhängigen RfB und zur poolrelevanten RfB sowie der gemäß § 150 VAG für Beitragsentlastungsmaßnahmen im Alter gutgeschriebenen Beträge zum Rohergebnis nach Steuern ergibt, beläuft sich auf 83,2 % (Vorjahr: 81,6 %).

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Gesetzgebung kontinuierlich weiterentwickelt.

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. hat im Unternehmen Prozesse eingerichtet, mit denen die wesentlichen Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Ziel des Risikomanagements und der Risikostrategie ist eine stets mit ausreichenden Sicherheiten versehene Kapitalausstattung des Unternehmens und ein vorsichtiger Umgang mit den aus dem eigentlichen Krankenversicherungsgeschäft herrührenden Risiken. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmensumfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der folgende Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie die Risikomanagerin. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden – soweit erforderlich – Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst.

Mit Einführung von Solvency II ab 01.01.2016 sind die normativ vorgeschriebenen Schlüsselfunktionen, nämlich die Compliance-Funktion, die unabhängige Risikocontrolling-Funktion, die interne Revision und die versicherungsmathematische Funktion, auch formell eingerichtet worden. Für die unabhängige Risikocontrolling-Funktion wurde eine organisatorische Einheit, das FLAOR-Center (FLAOR: Forward Looking Analysis of Own Risks) gebildet, der am Anfang die Mitglieder des Vorstandes und die verantwortlichen unternehmensinternen Inhaber der normativen Schlüsselfunktionen angehören. Das FLAOR-Center übernimmt die unternehmenseigene vorausschauende Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei von der Risikomanagerin unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstands und der Risikomanagerin, die sich aus der jeweiligen Risikostrategie des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen sind das wohl bedeutsamste Risikofeld der privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar hat das bestehende duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung derzeit weiterhin stabile Bedingungen, doch der Kostendruck aufgrund des demografischen Wandels und höherer Qualitätsanforderungen im Gesundheitswesen nimmt zu. Auch die Geldpolitik der Europäischen Notenbank (EZB) wirkt sich weiter aus: Der Gesundheitsfonds, der die Beiträge für die Krankenkassen sammelt und an sie verteilt, muss seit 2015 Strafzinsen an seine kontoführenden Banken zahlen. Die Politik der EZB, die den sogenannten Einlagezins im März 2016 auf minus 0,4 Prozent gesenkt hat, trifft somit nicht nur die kapitalgedeckte Vorsorge.

Die zweite Jahreshälfte 2016 war geprägt durch umfassende Vorbereitungen für die gesetzlichen Neuerungen, die mit dem Pflegestärkungsgesetz II (kurz: PSG II) in 2017 in Kraft traten. Mit dem PSG II erfolgt eine neue Bewertung der Pflegebedürftigkeit, indem die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf sogenannte Pflegegrade ersetzt werden. Vor allem Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz werden dadurch voraussichtlich deutlich mehr Pflegeleistungen als bisher erhalten.

Die zurückliegenden Jahre waren durch eine intensive Fortschreibung der komplexen rechtlichen Regulierungen geprägt. Insbesondere durch die Finanzkrise von 2007 bis 2010 erfolgte eine Verschärfung und zunehmende Komplexität der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die beaufsichtigten Unternehmen. Zum 01.01.2016 trat in der Bundesrepublik Deutschland zum Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) eine Neufassung in Kraft, die eine Umsetzung europäischer Rechts darstellt. Die damit umgesetzte Solvency-II-Richtlinie verfolgt einen Drei-Säulen-Ansatz: Die (quantitative) Säule I regelt Details zur notwendigen Kapitalausstattung der Versicherungsunternehmen. Säule II betrifft das qualitative Risikomanagement-System und beinhaltet in erster Linie Anforderungen an die Geschäftsorganisation des Versicherungsunternehmens. Im Rahmen der Säule III ist geregelt, welchen Berichterstattungspflichten ein Versicherungsunternehmen nachkommen muss, beispielsweise gegenüber Aufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit.

In der Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesministerium der Finanzen am 21. April 2016 im Bundesanzeiger zahlreiche Rechtsverordnungen veröffentlicht. Ferner veröffentlichte die europäische Aufsichtsbehörde EIOPA zur Solvency-II-Umsetzung unverändert eine Vielzahl von Leitlinien, technischen Standards zur Durchführung sowie entsprechende Dokumente zur Konsultation. In den vergangenen Monaten gab die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zudem zahlreiche Entscheidungen zur Auslegung heraus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu konkretisieren. Die Fülle der Veröffentlichungen ist so groß, dass sie branchenweit zu äußerst detailreichen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen führt. Es stellt für alle Akteure eine immense Herausforderung dar, die Regularien überschaubar und frei von Widersprüchen zu halten.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien, durch Teilnahme an der politischen Diskussion, durch rechtzeitige Umsetzung und frühzeitige Folgenabschätzung von geplanten Änderungen. Zusätzlich erfolgt in den entsprechenden Fachbereichen, insbesondere in rechtlichen, aktuariellen und bilanziellen Fragen, eine konsequente und fortlaufende Überwachung sowie Prüfung hinsichtlich der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Den quantitativen Anforderungen durch Solvency II wird durch eine solide Finanzausstattung Rechnung getragen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus der medizinisch-technischen Entwicklung, die einerseits zu einer Verlängerung der Lebenserwartung der Versicherten und andererseits sowohl zur Verbesserung bestehender als auch zur Entwicklung neuer, teilweise kostenaufwendiger Behandlungsmethoden führt. Das kann einen mit dem Lebensalter stärker ansteigenden Bedarf an Versicherungsleistungen sowie eine längere Versicherungsdauer für die Versicherten zur Folge haben. Weiterhin ergeben sich im Gesundheitswesen Risiken aus der Veränderung der für die private Krankenversicherung maßgeblichen Rahmenbedingungen.

Aus den genannten Bereichen ergibt sich das Risiko zukünftig ansteigender Versicherungsleistungen.

Dem wird seitens des Unternehmens durch eine eingehende Prüfung und vorsichtige Zeichnungspolitik der Versicherungsanträge, durch Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen sowie durch eine laufende Überwachung der Ausgaben für Erstattungsleistungen und durch eine regelmäßige Gegenüberstellung von tatsächlich erbrachten und kalkulatorisch berücksichtigten Erstattungsleistungen Rechnung getragen. Ebenso werden die verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft. An diese Überprüfung der verwendeten Rechnungsgrundlagen schließt sich erforderlichenfalls das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Anpassung von Beiträgen an.

Eine solide und gemäß den gesetzlichen Vorschriften unter Verwendung ausreichender Sicherheiten vorgenommene Kalkulation der Tarife, eine nachhaltige Überschussverwendungspolitik sowie eine kostensparende Betriebsführung stellen sicher, dass zufallsbedingt höheren Leistungsaufwendungen begegnet werden kann und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens langfristig gewährleistet bleibt.

In der privaten Krankenversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten für das Kollektiv berechnet. Nach den Bestimmungen der Verordnung betreffend die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit in der privaten Krankenversicherung (KVAV) sind die verwendeten Rechnungsgrundlagen regelmäßig auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und mit ausreichenden Sicherheiten zu versehen. Die hierfür verwendeten Prüfverfahren sind in der KVAV selbst sowie in Hinweisen und Richtlinien der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. niedergelegt. Sie gewährleisten, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen fortlaufend überwacht und sichergestellt wird. Auf diese Weise werden die künftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Leistungsverpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind angemessene Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die sorgfältige Auswahl der einzelnen Kapitalanlagen erfolgt im Rahmen der bestehenden Anlagerichtlinien. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds handelt es sich um Aktien- und Rentenfonds. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Unverändert belasten die Folgen niedriger Zinsen die Geschäftsentwicklung. Kapitalanlagen mit höchster Bonität und auskömmlicher Rendite stehen kaum mehr zur Verfügung. Hauptgrund hierfür ist die aktuelle Politik der Europäischen Zentralbank (EZB): Unter anderem senkte sie den Leitzins auf schließlich 0,0 % und den Negativzins auf Einlagen bei der EZB auf -0,4 %. Am Jahresende standen die Renditen für Anleihen mit zehn Jahren Restlaufzeit bei 0,2 % im Vergleich zu 0,6 % am Jahresende 2015. Bei den Aktienindizes wuchs der Preisindex Euro Stoxx 50 um etwa 1 % und der Performance-Index DAX um rund 7 %. Bei den Spezialfonds kam es zu Abschreibungen.

Im Rahmen des Risikomanagements wird in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Bonität der Schuldner überwacht. Insgesamt bestehen die Buchwerte der zinsabhängigen Kapitalanlagen zu mehr als 99 % aus einlagengesicherten Titeln, aus öffentlichen Anleihen oder aus Titeln, die ein Investment-Grade-Rating von BBB oder besser besitzen.

Aufgrund des Geschäftsmodells und einer sorgfältigen Liquiditätsplanung unterliegt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. keinem Liquiditätsrisiko. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,0 %.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 48,8 %.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Es besteht ein Überschaden-Ausgleichsvertrag.

Mitgliedschaften

Der Verein ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V., München, der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V., Hannover, des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., München, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Köln und des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e.V.

Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit dem Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß dem Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

Die private Krankheitskostenvollversicherung ist aufgrund ihrer Beitragskalkulation nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren in der Lage, im Bereich des Gesundheitswesens die Risiken der demografischen Entwicklung zu verringern und damit weitaus besser zu steuern, als dies die gesetzliche Krankenversicherung mit ihrem Umlageverfahren ermöglichen kann. Das zentrale Problem besteht darin, dass durch die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung, durch die Veränderung der Altersstruktur der Versichertengemeinschaften und durch die erfreulicherweise weiterhin zu erwartenden medizinischen Innovationen gleich drei Einflussfaktoren gegeben sind, die auch für die Zukunft weiter ansteigende Gesamtaufwendungen für die Gesundheitsversorgung in Deutschland erwarten lassen. In der gesetzlichen Krankenversicherung ist daher auch künftig mit weiter steigenden Beitragssätzen, Zusatzbeiträgen oder Leistungskürzungen zu rechnen. Erfahrungsgemäß ist von einer Kombination aus mehr Beitrag und weniger Leistung auszugehen.

In der Krankenvollversicherung bietet das Unternehmen die Tarife A/S/Z an, mit denen Arbeitnehmer, Selbstständige, Ärzte oder Beamte Leistungen für eine überdurchschnittliche ambulante, zahnärztliche oder stationäre Gesundheitsversorgung erhalten. Die Bausteintarife bieten die Möglichkeit, den Versicherungsschutz bedarfsgerecht und individuell zusammenzustellen. Mit den „Besonderen Bedingungen für Schüler und Studierende“ haben junge Erwachsene die Möglichkeit, ihren privaten Versicherungsschutz günstig zu gestalten. Um die private Krankenvollversicherung der langjährigen Kunden im Privatschutz Klassik sinnvoll zu erweitern, bietet das Unternehmen seit 2016 die neuen Ergänzungstarife E an. Ohne die Vorteile des bisherigen Versicherungsschutzes aufzugeben, erhalten die Versicherungsnehmer damit das Beste aus zwei Tarifgruppen.

Zusätzlich werden in der Krankenzusatzversicherung sinnvolle und vernünftige Ergänzungen für gesetzlich versicherte Personen angeboten, die ihre Gesundheitsversorgung für einzelne Leistungen aufstocken möchten. Insgesamt bieten die Tarife des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. einen privaten Versicherungsschutz auf höchstem Niveau und suchen am Markt ihresgleichen. Den Chancen, die sich daraus ergeben, steht jedoch eine allgemeine Skepsis der Verbraucher im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen für die private Krankenversicherung gegenüber.

2017 dürfte mit weiterhin niedrigen Zinsen, volatilen Finanzmärkten und neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Versicherungsbranche ein weiteres herausforderndes Jahr werden. Insbesondere Solvency II stellt eine wichtige Änderung dar. Die damit steigende Transparenz hinsichtlich der Kapitalausstattung könnte zum Katalysator für eine weitere Konsolidierung in der Branche werden. Dank der soliden Finanzausstattung, insbesondere des Eigenkapitals und der freien Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung sowie der Risikohaltung zeigt sich auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und aktuellen Entwicklungen, dass der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet ist.

Dank

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. dankt den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Der Dank des Unternehmens gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva

	2016		2015
	EUR	EUR	EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,- -	-,- -
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		467.002,00	701.714,00
III. Geschäfts- oder Firmenwert		-,- -	-,- -
IV. geleistete Anzahlungen		-,- -	-,- -
		<u>467.002,00</u>	
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			9.434.464,82
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,- -	-,- -
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,- -	-,- -
3. Beteiligungen		55.082.761,39	54.998.332,99
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		<u>78.000.000,00</u>	133.082.761,39
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.816.519.095,07	2.704.935.397,63
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		470.075.715,21	584.619.400,17
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		169.540,57	375.524,96
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2.024.000.000,00		1.114.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.262.996.450,73		1.040.996.450,73
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,- -		-,- -
d) übrige Ausleihungen	<u>-,- -</u>	3.286.996.450,73	-,- -
5. Einlagen bei Kreditinstituten		130.000.000,00	969.000.742,77
6. Andere Kapitalanlagen		-,- -	-,- -
		<u>6.703.760.801,58</u>	
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			-,- -
			<u>6.846.278.027,79</u>

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva	2016		2015
	EUR	EUR	EUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			-,- -
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	1.635.176,13		1.953.772,29
2. Versicherungsvermittler	239.817,56		233.706,96
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -	1.874.993,69	-,- -
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,- -	-,- -
III. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks		-,- -	-,- -
IV. Sonstige Forderungen		<u>7.225.985,13</u>	<u>9.100.978,82</u>
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		1.798.497,95	1.779.088,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		30.023.391,75	32.205.288,03
III. Andere Vermögensgegenstände		-,- -	-,- -
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		58.081.734,17	93.668.478,44
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>428.339,18</u>	<u>488.857,92</u>
H. Aktive latente Steuern			-,- -
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung			-,- -
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,- -
Summe der Aktiva		<u><u>6.946.177.971,66</u></u>	<u><u>6.622.553.109,12</u></u>

Gemäß § 128 Abs. 5 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2016 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 13. April 2017

Der Treuhänder

Wenk

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Passiva

	2016			2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	81.574.000,00			81.573.000,00
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	318.926.000,00	400.500.000,00		293.927.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	400.500.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	6.086,34			6.243,24
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	6.086,34		-,- -
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5.735.965.054,39			5.452.526.804,31
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	5.735.965.054,39		-,- -
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	185.190.560,35			174.056.647,72
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	185.190.560,35		-,- -
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	593.583.607,38			594.453.611,98
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	593.583.607,38		-,- -
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	134.079,85			57.446,02
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	134.079,85		-,- -
		593.717.687,23		
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,- -		-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	53.112,32			32.358,06
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	53.112,32	6.514.932.500,63	-,- -

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	2016			2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	820.238.982,27			818.170.866,54
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-,-	820.238.982,27		-,-
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	156,90			-246,30
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-,-	156,90	820.239.139,17	-,-
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			60.480.385,73	110.137.162,78
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		3.340.299,87		2.667.157,12
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.228.076,82			1.224.482,73
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	140.463.396,62	141.691.473,44		139.309.064,84
c) Erträge aus Zuschreibungen		402.429,31		1.102.645,99
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		248.770,00		325.913,04
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-	145.682.972,62	-,-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			-,-	-,-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			2.120.391,72	1.161.076,11
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	546.846.560,48			531.098.365,09
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	546.846.560,48		-,-
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	11.133.912,63			4.541.222,08
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	11.133.912,63	557.980.473,11	-,-
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	283.438.250,08			327.755.272,74
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	283.438.250,08		-,-
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		20.754,26	283.459.004,34	-4.820,93
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		121.749.792,43		132.367.867,22
b) erfolgsunabhängige		101.659,16	121.851.451,59	56.194,86

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	2016		2015
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	10.923.947,60		11.440.522,29
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>12.237.215,93</u>	23.161.163,53	12.274.171,05
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>-,-</u>	-,-
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.113.613,55	1.280.724,07
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		10.308.091,83	6.709.879,70
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	-,-
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>-,-</u>	-,-
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<u>191.679,01</u>
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			<u>46.334.451,08</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		4.824.930,97	91.691,94
2. Sonstige Aufwendungen		<u>3.122.703,65</u>	<u>2.441.112,77</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			43.985.030,25
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>	-,-
6. Außerordentliches Ergebnis			-,-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		7.086.329,09	13.916.343,58
davon latente Steuern: 2.810.160,00 EUR (Vorjahr: -375.770,00 EUR)			
8. Sonstige Steuern		<u>73.310,51</u>	68.686,67
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-,-	-,-
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>30.000.000,00</u>
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		1.000,00	-,-
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-	-,-
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-	-,-
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>24.999.000,00</u>	30.000.000,00
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			-,-
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>-,-</u>

Der Jahresabschluss 2016 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Der Bilanzwert der vom Unternehmen im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten beträgt 3.899.822,71 EUR. Eine Beteiligung sieht gemäß Gesellschaftervereinbarung in den Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vor. Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten bewertet. Die in der Bilanzposition C. II. enthaltenen Kapitalanlagen werden nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Es besteht eine Beteiligung an der M.M.Warburg & CO Hypothekenbank AG, Hamburg in Höhe von 40,0 %. Das Jahresergebnis des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2015 betrug 5,0 Mio. EUR, die Höhe des Eigenkapitals betrug 85,9 Mio. EUR.

Die in den Bilanzpositionen C. III. 1. und 2. enthaltenen Kapitalanlagen wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben.

Angaben zum Investmentvermögen:

Anlageschwerpunkt	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung für Geschäftsjahr
Renten – Europa	2.764,2 Mio. EUR	100,3 Mio. EUR	34,7 Mio. EUR
Aktien – Europa	101,7 Mio. EUR	0,0 Mio. EUR	2,5 Mio. EUR

Wenn bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren im Folgejahr die planmäßige Tilgung erfolgt und die fortgeführten Anschaffungskosten zum Bilanzstichtag größer als der Nennwert der betroffenen Wertpapiere sind, wird eine dauerhafte Wertminderung grundsätzlich angenommen. Zinsinduzierte Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da die betroffenen Wertpapiere grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Bonitätsbedingte Abschreibungen waren nicht notwendig. Bei den Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren beträgt der gemäß § 285 Nr. 18 HGB anzugebende Buchwert 87,6 Mio. EUR. Der entsprechende Zeitwert beläuft sich auf 85,8 Mio. EUR.

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB wurden in Höhe von 9,4 Mio. EUR, Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB in Höhe von 0,4 Mio. EUR vorgenommen.

Die Bewertung der Bilanzposition C. III. 3. erfolgt in Höhe der Anschaffungskosten abzüglich zwischenzeitlich erfolgter Tilgungen. Ein Disagio wird bei Fälligkeit vereinnahmt.

Namenschuldverschreibungen werden gemäß § 341c HGB mit dem Nennbetrag bewertet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich zwischenzeitlich erfolgter Tilgungen bewertet. Ein Disagio wird bei Fälligkeit vereinnahmt.

Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2016. Die Zeitwerte der Beteiligungen sowie der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Ermittlung der Zeitwerte der übrigen zum Anschaffungswert ausgewiesenen Kapitalanlagen erfolgte gemäß § 56 Abs. 1 RechVersV mit den letzten zum Stichtag verfügbaren Börsenkursen. Der Zeitwert nicht börsennotierter Zinsanlagen wurde anhand der zum Stichtag letzten verfügbaren Euro-Zinskurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und risikoadäquaten credit spreads ermittelt.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Angabe der Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV erfolgt in der nachfolgenden Darstellung „Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2016“.

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen beträgt 6.846.316.187,97 EUR, die Summe der Zeitwerte 7.316.485.218,65 EUR. Hieraus ergeben sich stille Reserven in Höhe von 470.169.030,68 EUR.

Zu E. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine angemessene Wertberichtigung gekürzt. Im Geschäftsjahr fand eine sachgerechte Anpassung des Bewertungsverfahrens statt. Hierdurch verringert sich der Forderungsbetrag um 0,4 Mio. EUR.

Zu G. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Agio Namensschuldverschreibungen	38.160,18
b) Übrige	390.179,00
	<u>428.339,18</u>

Zu H. Aktive latente Steuern

Auf die Bildung eines Steuerabgrenzungspostens gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde verzichtet, da die Gründe für die ursprüngliche Ausübung des Wahlrechts nicht mehr gegeben sind. Der hieraus resultierende Unterschiedsbetrag beträgt 2,6 Mio. EUR.

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR	Zeitwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	701.714,00	217.518,43	-,-	-,-	-,-	452.230,43	467.002,00	-,-
3. Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
4. geleistete Anzahlungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Summe B.	701.714,00	217.518,43	-,-	-,-	-,-	452.230,43	467.002,00	-,-
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken								
	9.992.560,82	-,-	-,-	-,-	-,-	558.096,00	9.434.464,82	18.408.647,84
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	54.998.332,99	84.428,40	-,-	-,-	-,-	-,-	55.082.761,39	55.082.761,39
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.000.000,00	70.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	78.000.000,00	80.762.752,98
5. Summe C II.	62.998.332,99	70.084.428,40	-,-	-,-	-,-	-,-	133.082.761,39	135.845.514,37
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.704.935.397,63	116.079.909,79	-,-	141.100,79	-,-	4.355.111,56	2.816.519.095,07	2.962.838.237,50
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	584.619.400,17	-,-	-,-	109.551.230,00	402.429,31	5.394.884,27	470.075.715,21	493.745.913,47
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	375.524,96	-,-	-,-	205.984,39	-,-	-,-	169.540,57	169.540,57
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	1.114.000.000,00	915.000.000,00	-,-	5.000.000,00	-,-	-,-	2.024.000.000,00	2.193.972.394,25
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.040.996.450,73	305.000.000,00	-,-	83.000.000,00	-,-	-,-	1.262.996.450,73	1.381.504.970,65
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
d) übrige Ausleihungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	969.000.742,77	-,-	-,-	839.000.742,77	-,-	-,-	130.000.000,00	130.000.000,00
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	6.413.927.516,26	1.336.079.909,79	-,-	1.036.899.057,95	402.429,31	9.749.995,83	6.703.760.801,58	7.162.231.056,44
Insgesamt	6.487.620.124,07	1.406.381.856,62	-,-	1.036.899.057,95	402.429,31	10.760.322,26	6.846.745.029,79	

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen	2016	2015
Eigenkapitalquote	48,8 %	45,9 %
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	EUR	EUR
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	81.573.000,00	81.573.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	<u>1.000,00</u>	-, --
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>81.574.000,00</u>	<u>81.573.000,00</u>
4. Andere Gewinnrücklagen		
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	293.927.000,00	263.927.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	<u>24.999.000,00</u>	<u>30.000.000,00</u>
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>318.926.000,00</u>	<u>293.927.000,00</u>
Gesamt	<u>400.500.000,00</u>	<u>375.500.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge betreffen ausschließlich die Auslandsreise-Krankenversicherung.

Die übertragungsfähigen Beiträge bzw. Beitragsentgelte der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge wurden für jeden Vertrag einzeln und zeitanteilig für den über den Bilanzstichtag hinausgehenden Versicherungszeitraum ermittelt. Die sich daraus ergebende Summe wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter gekürzt.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist die Summe der grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 146 Abs. 1 Nr. 1 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen und Mittel aus dem gesetzlichen Zuschlag, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und für die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV).

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst die noch nicht gezahlten Aufwendungen für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Versicherungsfälle insoweit, als die Inanspruchnahme des Arztes, Krankenhauses o. ä. vor dem Bilanzstichtag liegt oder Tagegeld für Tage vor dem Bilanzstichtag gewährt wird. Diese Rückstellung wurde bezüglich der Krankenversicherung anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, bei dem von den Zahlungen für Versicherungsfälle des Berichtsjahres ausgegangen wurde, die im ersten Monat des nach dem Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahres erfolgten. Dieser Ausgangsbetrag wurde um einen Betrag erhöht, der sich aus den Erfahrungswerten der Zahlungen der letzten drei Geschäftsjahre für Versicherungsfälle der jeweiligen Vorjahre ergibt. Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände wurden gesondert abgeschätzt. Die Schadenrückstellung wurde um Ansprüche aus Arzneimittelrabatten gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz gemindert. Auch für die Pflegepflichtversicherung wurde die Schadenrückstellung aufgrund von Erfahrungswerten gebildet. Ebenfalls in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten sind Übertragungswerte, die dem Geschäftsjahr zuzuordnen sind und nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wurden.

Zu E. IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	
		Poolrelevante RfB aus der Pflegepflichtversicherung	Betrag nach § 150 Abs. 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Sonstiges
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Bilanzwerte Vorjahr	585.781.502,68	8.672.109,30	57.446,02	-,--
2. Entnahme zur Verrechnung	60.455.360,40	-,--	25.025,33	-,--
3. Entnahme zur Barausschüttung	62.164.436,63	-,--	-,--	-,--
4. Zuführung	121.718.516,54	31.275,89	101.659,16	-,--
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	584.880.222,19	8.703.385,19	134.079,85	-,--
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 1.691.965,84 EUR				

Von der nicht poolrelevanten Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung entfallen auf bereits gebundene Beträge 216,0 Mio. EUR.

Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 wurde für die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife A20 – A50, A22, A100, A101, A103, A105, A120, A121, BA50, BA50S, BA40S, BA30, Z20 – Z50, Z60 – Z90 eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit beschlossen. Die Beitragsrückerstattung wird unter Berücksichtigung des Fälligkeitstermins der jeweiligen Beitragsrate und der Zahlungsweise durch Gutschrift auf dem Beitragskonto gewährt. Die Höhe der Beitragsrückerstattung ist abhängig von der BR-Stufe, welche die versicherte Person im zu berücksichtigenden Jahr erreicht hat, dem zur BR-Stufe gehörenden Prozentsatz und der jeweiligen zu zahlenden Beitragsraten. In den Tarifen BA50, BA50S, BA40S und BA30 werden die Beitragsraten zu 70 % bei der Berechnung berücksichtigt.

BR-Stufe (max.5)	Prozentsatz der BR-Stufe	BR-Stufe Folgejahr	
		Leistungsfreiheit	Schadenfall
0	0 %	1	0
1	15 %	2	0
2	25 %	3	0
3	30 %	4	1
4	35 %	5	2
5	40 %	5	3

Beitragsrückerstattung in 2017

Bei Leistungsfreiheit und Erfüllung der Voraussetzungen für 2016:

BR-Stufe 2016 + 1

Beitragsrückerstattung in 2018

Bei Leistungsfreiheit und Erfüllung der Voraussetzungen für 2017:

BR-Stufe 2017 + 1

Für Personen, die 2017 erstmals eine Krankheitskostenvollversicherung bei der LKH abschließen, gilt BR-Stufe 2017 = 0.

Diese Mitglieder erhalten, sofern sie für 2017 keine Versicherungsleistungen beanspruchen, eine Sofort-Beitragsrückerstattung in Höhe von 10 % der berücksichtigungsfähigen Beitragsrate.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 wurde für schadenfrei gebliebene Versicherte jeweils folgende, nach der Dauer der Schadenfreiheit gestaffelte, erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in den geschlechtsabhängig kalkulierten Tarifen für ambulante Heilbehandlung 100, 101, 102, 103, 105, 110, 120, 121, 150 - 180, 182, BA1 - BA9, PSKV, A(G), A(Z), II, III, in den Tarifen der Tarifgruppen T, A, P und G sowie ab 2018 für die Tarife E70 - E90 und E70W - E91W beschlossen. Die Beitragsrückerstattung bezieht sich jeweils auf die für das Vorjahr gezahlten Beiträge, wobei die Beiträge in den Tarifgruppen T, A, P und G und in den Ausbildungstarifen zu 70 % eingehen.

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2017	
bei Schadenfreiheit für		Jahres-Rückerstattung	
2016 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	der Beiträge	
2015 – 2016	2/12	der Beiträge	
2014 – 2016	2/12	der Beiträge	
2013 – 2016	3/12	der Beiträge	
2012 – 2016	4/12	der Beiträge	

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2018	
bei Schadenfreiheit für		Jahres-Rückerstattung	
2017 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	der Beiträge	
2016 – 2017	2/12	der Beiträge	
2015 – 2017	2/12	der Beiträge	
2014 – 2017	3/12	der Beiträge	
2013 – 2017	4/12	der Beiträge	

Für die Geschäftsjahre 2017 bis 2019 wurde eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Zu E. VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich um eine Stornorückstellung. Sie trägt dem Risiko, dass Übertragungswerte höher sind als die entsprechenden Teile der bilanzierten Deckungsrückstellung, sowie dem Risiko eines überrechnungsmäßigen Stornos von bilanzierten negativen Deckungsrückstellungen, die durch Zillmerung entstanden sind, Rechnung. Sie wurde näherungsweise, im letzteren Fall ausgehend von den negativen Teilen der Alterungsrückstellung, ermittelt.

Zu G. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck ermittelt. Für Pensionszusagen in Form der betrieblichen Altersversorgung wurden eine Rentendynamik in Höhe von 1,3 % p.a. berücksichtigt und als Pensionsalter die gesetzlichen Renteneintrittsalter angesetzt. Für Verpflichtungen aufgrund von Pensionszusagen infolge Gehaltsverzichts wurde das Pensionsalter 65 Jahre angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte die Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Sätze 1 und 2 HGB mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Dieser Zinssatz beläuft sich auf 4,01 % p.a. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Pensionsrückstellungen mit dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt 1.138.661,56 EUR.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Provisionen	22.000,00
b) Jahresabschlusskosten	233.900,00
c) Berufsgenossenschaft	71.600,00
d) Urlaubsverpflichtungen	55.400,00
e) Übrige	54.500,00
	<u>437.400,00</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) Noch abzuführende Steuern	9.723.588,74
b) aus Lieferungen und Leistungen	689.939,45
c) Übrige	47.125,95
	<u>10.460.654,14</u>

Sämtliche Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet und weisen Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr auf.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aufgrund der Regelungen in den §§ 221 ff. VAG sind Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Dieser kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 2 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Daraus könnte sich für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. eine eventuelle künftige Zahlungsverpflichtung von 13.029.865,00 EUR ergeben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2016	2015
	EUR	EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Einzelversicherungen	819.867.984,99	817.793.556,93
bbb) Kollektivversicherungen	370.997,28	377.309,61
	<u>820.238.982,27</u>	<u>818.170.866,54</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	820.194.421,04	818.124.074,34
bbb) Einmalbeiträgen	44.561,23	46.792,20
	<u>820.238.982,27</u>	<u>818.170.866,54</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Krankheitskostenversicherungen	679.983.274,58	676.715.076,11
bbb) Krankentagegeldversicherungen	22.325.928,76	22.854.567,34
ccc) selbständigen Krankenhaustagegeldversicherungen	7.960.907,30	8.129.570,72
ddd) sonstigen selbständigen Teilversicherungen	59.736.306,50	59.588.978,33
eee) Pflegepflichtversicherungen	49.173.646,08	49.826.607,32
fff) Auslandsreisekrankenversicherungen	1.058.919,05	1.056.066,72
	<u>820.238.982,27</u>	<u>818.170.866,54</u>

Beitragszuschlag nach § 149 des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 33.486.538,08 EUR

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	EUR	EUR
a) Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenversicherungen	55.205.616,24	86.746.862,83
Krankentagegeldversicherungen	-, -	1.034.460,16
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	-, -	33,54
sonstige selbständige Teilversicherungen	2.608.025,01	3.871.372,69
Pflegepflichtversicherungen (nicht poolrelevant)	2.641.719,15	3.402.641,74
	<u>60.455.360,40</u>	<u>95.055.370,96</u>
b) Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Entnahmen aufgrund § 150 Abs. 4 VAG	25.025,33	41.681,20
Pflegepflichtversicherungen	-, -	15.040.110,62
	<u>25.025,33</u>	<u>15.081.791,82</u>
	<u>60.480.385,73</u>	<u>110.137.162,78</u>

Zahl der versicherten natürlichen Personen	366.091	372.399
Die versicherten natürlichen Personen gliedern sich wie folgt:		
aa) Krankheitskostenversicherungen	189.718	192.823
bb) Krankentagegeldversicherungen	54.094	55.896
cc) selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	108.603	110.654
dd) sonstige selbständige Teilversicherungen	162.341	164.268
ee) Pflegepflichtversicherungen	204.348	208.187
ff) Auslandsreisekrankenversicherungen	77.957	78.005

ANHANG

Persönliche Aufwendungen	2016	2015
	EUR	EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	9.114.990,88	9.063.163,59
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	305.616,71	288.368,37
3. Löhne und Gehälter	19.789.358,15	19.648.645,68
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.674.036,36	3.589.106,73
5. Aufwendungen für Altersversorgung	521.363,56	1.744.222,42
6. Aufwendungen insgesamt	33.405.365,66	34.333.506,79

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 974.573,16 EUR.

An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Bezüge in Höhe von insgesamt 210.040,36 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeiten des Aufsichtsrates wurden 202.995,40 EUR aufgewendet. Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es wurden für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 1.802.115,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf das Ende dieses Berichtes verwiesen.

Für den Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 150.252,10 EUR und für die Steuerberatung 13.773,75 EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 470 Mitarbeiter beschäftigt, die ausschließlich dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 17 Auszubildende sowie 129 Teilzeitkräfte enthalten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Lüneburg, den 13. April 2017

Landeskrankenhilfe V.V.a.G.
Der Vorstand

Prof. Dr. Zachow

Lenk

Lowey

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeskrankenhilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 27. April 2017

Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Bonin
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in fünf Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 11. Mai 2016 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 17. Mai 2017

Der Aufsichtsrat
Dr. Leupelt
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Jochen Leupelt, Wiemersdorf
Rechtsanwalt, Vorsitzender

Jörg Gerdes, Deutsch Evern
Geschäftsführer

Kurt Götzelmann, Eisingen
Betriebswirt, stellv. Vorsitzender

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Helmut Müller-Lanzl, Neuried
Apotheker, stellv. Vorsitzender

Carsten Stöben, Westensee
Geschäftsführer

Christine Ahlemann, Wuppertal
Rechtsanwältin

Dr. Wolfgang Walz, Würzburg
Unternehmensberater

Dr. Michael Beetz, Pulheim-Brauweiler
Senior Investment Manager

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow
Vorsitzender

Gisela Lenk

Hendrik Lowey

Unternehmen und Sitz

Landeskrankenhilfe V.V.a.G.
Uelzener Str. 120
21335 Lüneburg

Tel. (0 41 31) 7 25-0

Fax (0 41 31) 40 34 02

Internet

www.LKH.de

Handelsregister

Amtsgericht Lüneburg HRB 29